



Irren ist menschlich, Ignorieren ist fahrlässig

Von Friederike Spiecker | 14.04.2020

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute ist zwar etwas realitätsnäher als die Prognose des Sachverständigenrats. Doch von einer wirklich realistischen Einschätzung trennen auch die Institute Welten.

Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung sind immer schwierig, weil man sich – anders als in den Naturwissenschaften – auf keinerlei Naturgesetze stützen kann, sondern bestenfalls auf Erfahrungswerte aus der Vergangenheit. Und in außergewöhnlichen Krisenzeiten wie den gegenwärtigen, geben auch die wenig Orientierung.

Der Bedarf an möglichst realistischen Prognosen ist jedoch gerade in einer solchen Situation besonders hoch. Zumindest dann, wenn man es als Aufgabe der Wirtschaftspolitik ansieht, durch kluge Vorausschau dem zügig entgegen zu steuern, was sich sonst bei Abstinenz des Staates oder falscher oder ungenügend konzipierter Hilfe von allein zu entwickeln droht - nämlich eine folgenschwere Abwärtsspirale.

Umso wichtiger ist es, die wenigen Informationen zu nutzen, die einigermaßen zeitnah zur Verfügung stehen und die es ermöglichen, sich einen ersten Eindruck von der gegenwärtigen Lage und der Dynamik zu verschaffen, in der sich die Wirtschaftsabläufe befinden.

Kurzarbeit ist die derzeit wichtigste Statistik

Für Deutschland liegen mit Bezug auf die Zeit seit Beginn der Shutdown-Maßnahmen im März als „harte“ Statistiken eine vorläufige Schätzung des [Verbraucherpreisindex](#) vom Statistischen Bunde-

samt, die [Zahl der monatlichen Kfz-Neuzulassungen](#) vom Kraftfahrt-Bundesamt und [die Zahl der Kurzarbeiter](#) von der Bundesagentur für Arbeit (BA) vor.

Die Verbraucherpreise sind demnach im März um 1,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat gestiegen und damit – offenbar wegen fallender Energiepreise – weniger als im Februar (1,7 Prozent). Die Pkw-Neuzulassungen gingen im März gegenüber dem Vorjahresmonat um 37,7 Prozent zurück nach -10,8 Prozent im Februar und -7,3 Prozent im Januar, so dass im ersten Quartal insgesamt ein Rückgang um ein Fünftel zu verzeichnen war.

Diese beiden Indikatoren spiegeln allerdings nur einen Ausschnitt unserer Volkswirtschaft wider, der zunächst vor allem die Verbraucherseite beleuchtet, wobei ein massiver Nachfrageeinbruch wie hier bei den Pkw selbstverständlich auch die Anbieterseite zu Reaktionen zwingt.

Für die Produktionsseite ist, wie schon [vor einer Woche erläutert](#), die Zahl der geprüften Anzeigen zur Kurzarbeit sowie die Zahl der noch nicht geprüften, aber bereits gestellten Anträge auf Kurzarbeit der beste *momentan zur Verfügung stehende* Indikator, der die Breite und Wucht der ökonomischen Krise umreißt, die es wirtschaftspolitisch abzufedern gilt.

Eine *grobe* Schätzung der voraussichtlich realisierten Kurzarbeit im März anhand der bereits bekannten Verteilung der geprüften Anträge auf die verschiedenen Wirtschaftszweige erlaubt eine erste *rudimentäre* Hochrechnung auf den Ausfall an Wertschöpfung und Arbeitseinkommen der Beschäftigten, der sich März/April ergeben dürfte.

Zwar ist der Umfang der entfallenden Arbeitsstunden pro Person in Kurzarbeit noch unbekannt. Aber in einigen besonders stark betroffenen Bereichen lassen sich plausible Annahmen zum tatsächlichen Arbeitsausfall machen: Weder ein Kellner noch eine Reiseverkehrskauffrau werden zwei Stunden täglich zum Staubwischen ihren Arbeitsplatz aufsuchen. Und wenn ein Autohersteller seine Produktionsbänder anhält, braucht er nur noch wenige Fachkräfte, die sich um die Wartung der stillstehenden Maschinen kümmern, und eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften in der Verwaltung.

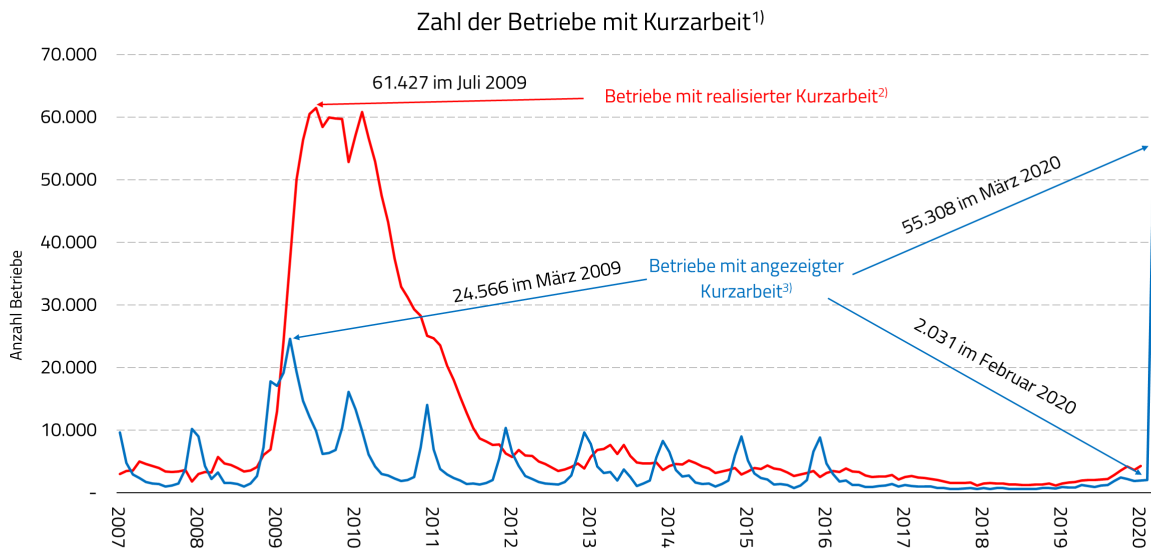
Ob die für Kurzarbeit gemeldeten Personen im Schnitt zu 100, 75, 50 oder weniger Prozent nicht mehr arbeiten, lässt sich nicht eindeutig für jede Branche beantworten. Trotzdem zeigt allein der Vergleich der Zahl meldender Unternehmen mit der während der Finanzkrise 2008/2009, wie bedrohlich die Situation bereits ist.

In den folgenden drei Abbildungen ist jeweils die Zahl der Betriebe dargestellt, die Kurzarbeit beantragt haben. Die blaue Linie gibt die Zahl der Betriebe wieder, deren Anträge geprüft wurden, während die rote Linie die Zahl der Betriebe anzeigt, für die tatsächlich Kurzarbeitergeld gezahlt wurde. Am aktuellen Rand muss diese zweite Zeitreihe hochgerechnet werden, weil der Prozess der Antragstellung und -prüfung, der Meldung der Betriebe im Nachhinein, wieviel Kurzarbeit tatsächlich angefallen ist, und der endgültigen Prüfung und Auszahlung der Gelder an die Betriebe durch die BA bis zu fünf Monate in Anspruch nimmt.

Die aktuelle Hochrechnung reicht nur bis Januar 2020 und wurde für Februar und März ausgesetzt, weil die absolut außergewöhnliche Steigerung der Antragszahlen laut BA keine einigermaßen zuver-

lässige Schätzung der realisierten Kurzarbeit zulässt. Doch auch ohne diese Hochrechnung kann man erkennen, dass es heute um eine andere Dimension der ökonomischen Entwicklung geht als während der Finanzkrise 2008/2009 – die blaue Linie schießt am aktuellen Rand weit über den Spitzenwert der meldenden Betriebe im Jahr 2009 hinaus (vgl. Abbildung 1, die für den März nur die Zahl der *geprüften* Anträge enthält).

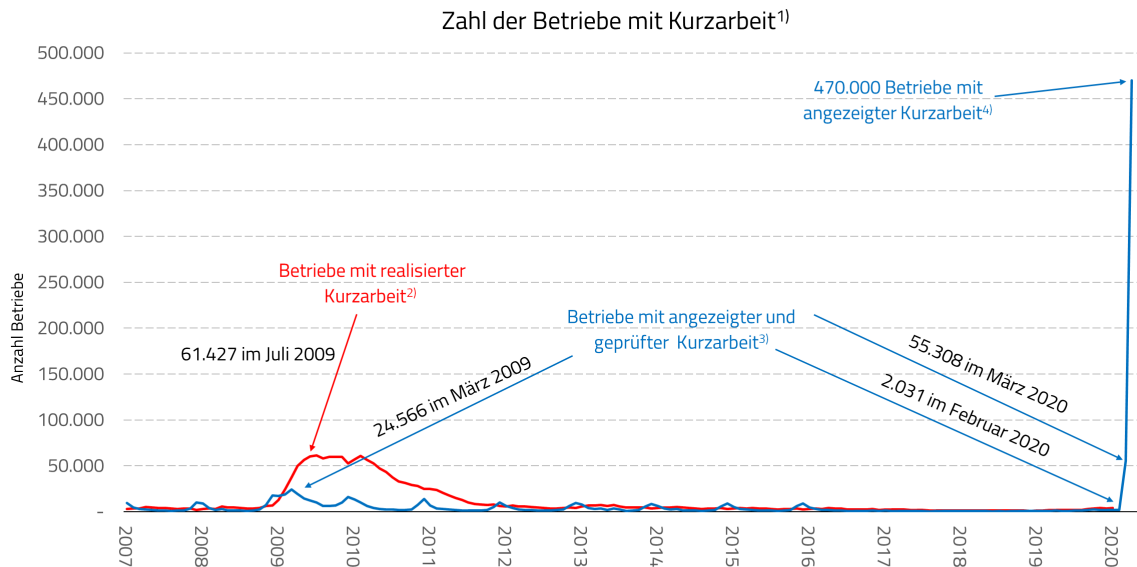
Abbildung 1



¹⁾ Konjunkturelle Kurzarbeit. ²⁾ Werte bis September 2019 endgültig, Werte für Oktober 2019 bis Januar 2020 von der Bundesagentur für Arbeit hochgerechnet; keine Angaben mehr für Februar und März 2020. ³⁾ Anzahl Betriebe, die Kurzarbeit angezeigt haben und deren Anzeigen geprüft wurden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 31.3.2020.

Hinzu kommt, dass die Zahl der im März geprüften Anzeigen (55308) nur ungefähr 12 Prozent der insgesamt bis Ende März *gestellten* Anträge (lt. BA 470000) ausmacht (vgl. Abbildung 2, die zusätzlich für den März diesen weiteren Wert für die blaue Linie enthält).



¹⁾ Konjunkturelle Kurzarbeit.

²⁾ Werte bis September 2019 endgültig, Werte für Oktober 2019 bis Januar 2020 von der Bundesagentur für Arbeit hochgerechnet; keine Angaben mehr für Februar und März 2020.

³⁾ Anzahl Betriebe, die Kurzarbeit angezeigt haben und deren Anzeigen geprüft wurden.

⁴⁾ Anzahl Betriebe, die bis 31. März 2020 Kurzarbeit angezeigt haben, deren Anzeigen aber teilweise noch nicht geprüft wurden.

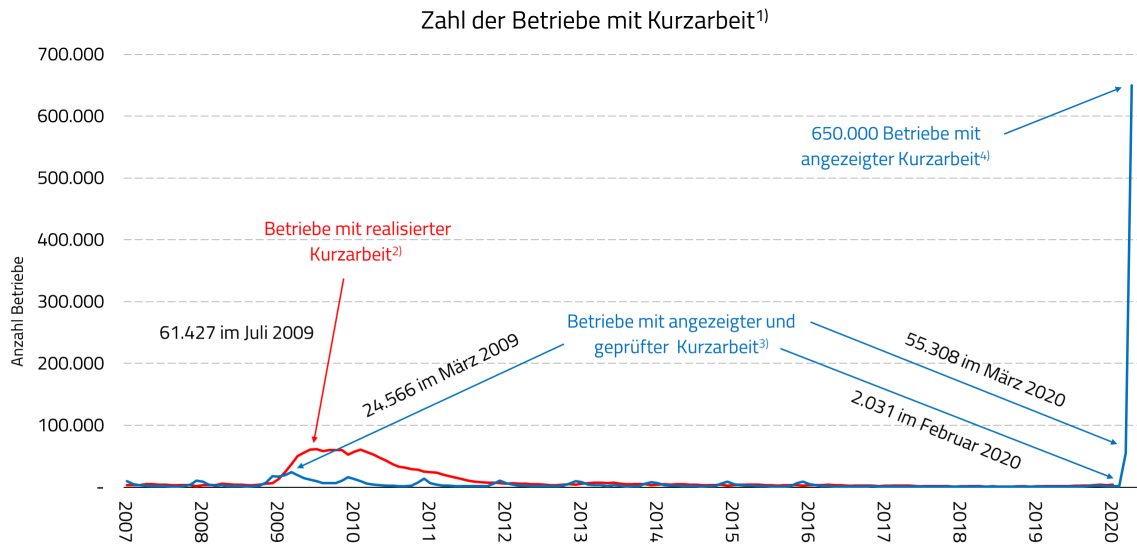
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 31.3.2020.

Zeichnet man diesen Wert am aktuellen Rand unter der Annahme ein, dass auch wegen der erleichterten Bedingungen kaum ein gestellter Antrag abgelehnt werden dürfte, schrumpft alles, was sich zur Zeit der Finanzkrise in dieser Statistik abgespielt hat, extrem zusammen. Da diese Statistik derzeit die einzige ist, die das wirtschaftliche Geschehen in Deutschland seit Beginn der Shutdown-Maßnahmen im März bereits ein Stück weit erfasst, darf man sie nicht ignorieren, wenn man die gegenwärtige Situation einschätzen und eine – selbst nur eine vage! – Prognose für die Entwicklung in den nächsten Monaten abgeben will.

Eine neue Dimension bei der Kurzarbeit

Genau das aber haben die Wirtschaftsforschungsinstitute getan, die ihr jüngstes Gutachten am 8. April, also eine Woche *nach* Bekanntgabe der Daten der BA, veröffentlicht haben. In der [Gemeinschaftsdiagnose](#) heißt es: „die Zahl der Kurzarbeiter [dürfte] von schätzungsweise 110 000 Personen Anfang des Jahres auf etwa 2,4 Millionen im Durchschnitt des zweiten Quartals hochschnellen.“ (Seite 11).

Nun ist – was die Institute *nicht* wissen konnten – die Zahl der Betriebe, die Anträge auf Kurzarbeit gestellt haben, inzwischen um weitere 40 Prozent auf 650000 gestiegen, wie die [BA letzten Donnerstag gemeldet](#) hat (vgl. Abbildung 3 mit diesem neuen Wert und der gegenüber Abbildung 2 veränderten Skala).



¹⁾ Konjunkturelle Kurzarbeit.

²⁾ Werte bis September 2019 endgültig, Werte für Oktober 2019 bis Januar 2020 von der Bundesagentur für Arbeit hochgerechnet; keine Angaben mehr für Februar und März 2020.

³⁾ Anzahl Betriebe, die Kurzarbeit angezeigt haben und deren Anzeigen geprüft wurden.

⁴⁾ Anzahl Betriebe, die bis 6. April 2020 Kurzarbeit angezeigt haben, deren Anzeigen aber teilweise noch nicht geprüft wurden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 31.3.2020 und Meldung vom 9.4.2020.

Was besagt nun die Zahl der meldenden Betriebe in Hinblick auf die aktuelle Lage und die zu erwartende Entwicklung? Aus den im März geprüften Anträgen ging eine in den Anzeigen genannte Zahl von Personen, für die Kurzarbeit beantragt wurde, von 1,043 Millionen hervor. Im Durchschnitt waren das pro Betrieb etwa 18 Arbeitskräfte. Auch das war vor Veröffentlichung der Gemeinschaftsdiagnose bekannt.

Wie viele Kurzarbeiter werden es sein, wenn alle bisher eingereichten Anträge geprüft worden sind? Eine einfache Dreisatzüberlegung ergibt 12,2 Millionen. Diese Überschlagsrechnung ist sicher zu holzschnittartig, da man die Verteilung der Antragsteller auf die verschiedenen Branchen und die Betriebsgrößen (noch) nicht kennt. Doch kann man auch nicht einfach davon ausgehen, dass im Lauf des Aprils keine weiteren Anträge mehr gestellt werden. Allein die deutsche Metall- und Elektroindustrie [meldet aktuell](#), dass bereits 1,2 Millionen Arbeitskräfte dieser Branche Anfang April in Kurzarbeit waren und sich diese Zahl noch um knapp eine weitere Million erhöhen könnte.

Was man jetzt schon sicher sagen kann, ist, dass mit der Kurzarbeiterzahl von 2,4 Millionen, die die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Prognose für das zweite Quartal im Durchschnitt unterstellt haben, die Situation völlig unterschätzt wird.

Und diese Fehleinschätzung ist keine Kleinigkeit. Sie hat Bedeutung für alle drei Seiten, von denen aus man die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vorherzusagen versucht: für die Entstehungsseite, weil man aller Voraussicht nach den Ausfall an Bruttowertschöpfung unterschätzt, für die Verteilungsseite, weil man den Ausfall an Einkommen unterschätzt, und für die Verwendungsseite, weil man die Rückwirkung der Einkommensentwicklung auf das Konsumverhalten und damit auf die Investitionsneigung unterschätzt.

In der Gemeinschaftsdiagnose wird unterstellt, dass die strengen Shutdown-Maßnahmen von Mitte März bis Mitte April andauern und dann allmählich gelockert werden. Diese Annahmen sind nicht zu

kritisieren, weil bislang unklar ist, wie sich die Infektionszahlen und die Belastung des Gesundheitswesens auf Dauer entwickeln werden und was das für die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft heißt.

Möglicherweise haben sich die Institute bei ihrer Vorhersage an dem orientiert, was während der Finanzkrise 2008/2009 stattfand. Damals wurde der Produktionseinbruch, der sich vor allem auf das verarbeitende Gewerbe (Bruttowertschöpfung preisbereinigt - 19 Prozent gegenüber 2008) konzentrierte, durch das Instrument der Kurzarbeit wesentlich abgefedert. Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter sank zwar in der Industrie um fast 6 Prozent, insgesamt aber ergab sich für alle Wirtschaftsbereiche dank starker Dienstleister doch noch eine Zunahme von 0,2 Prozent. Die Sozialleistungen, darunter das Kurzarbeitergeld, das im Verarbeitenden Gewerbe häufiger als in anderen Branchen tarifvertraglich noch aufgestockt wird, stützten die Einkommensentwicklung, so dass die Masseneinkommen nach 2,6 Prozent im Jahr 2008 immerhin noch um 2,5 Prozent im Jahr 2009 zulegten. Der private Verbrauch zeigte daraufhin auch nur eine geringe Schwäche (preisbereinigt -0,1 Prozent gegenüber 2008) und erwies sich im Vergleich zu den Investitionen (preisbereinigt - 16,9 Prozent) als geradezu robust.

Dieses stabile Kaufverhalten damals überrascht weniger, wenn man weiß, dass das Jahresarbeitseinkommen im Verarbeitenden Gewerbe pro Beschäftigten regelmäßig um 40 Prozent und mehr über dem durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Beschäftigten aller *anderen* Wirtschaftsbereiche liegt. Wer so gut verdient, den kann ein Absinken seines Verdiensts auf schlimmstenfalls 60 Prozent der üblichen Summe für einige Monate nicht in große Bedrängnis bringen.

Das ist in der gegenwärtigen Krise jedoch vollkommen anders. Denn jetzt sind mit dem Bereich „Handel, Verkehr und Gastgewerbe“ sowie dem Bereich „Sonstige Dienstleister“, zu dem z.B. Kunst, Unterhaltung und Erholung gehören, Branchen stark betroffen, in denen unterdurchschnittlich verdient wird. Im erstgenannten Zweig erhielt ein Beschäftigter im Jahr 2019 rund 25 Prozent weniger als ein Beschäftigter im Durchschnitt der anderen Wirtschaftsbereiche, im letztgenannten sogar 40 Prozent weniger. Sind die Arbeitnehmer dieser Branchen auch nur für kurze Zeit auf Kurzarbeitergeld angewiesen, dürften die daraus entstehenden finanziellen Engpässe sehr viel härter sein und die Konsumneigung *nach* dem Shutdown beeinträchtigen.

Einkommensentwicklung weit schwächer als 2009

Die Einschätzung der Einkommensentwicklung durch die Wirtschaftsforschungsinstitute ist viel zu optimistisch. Die Gemeinschaftsdiagnose weist für 2020 eine Zunahme der Masseneinkommen von 2,2 Prozent aus. Das dürfte angesichts der gemeldeten Antragsflut auf Kurzarbeit eine mehr als mutige Annahme sein.

Die [OECD schätzt](#) den Impuls der Shutdown-Maßnahmen („The potential initial impact of partial or complete shutdowns on activity“) für Deutschland von der Produktionsseite her auf 29 Prozent für den Zeitraum, in dem die Maßnahmen gelten. Ein Monat Shutdown ergäbe demnach einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von ungefähr 2½ Prozent. In dieser Zahl sind allerdings noch keine Folgewirkungen des Shutdowns berücksichtigt. Die OECD schreibt:

„This broad estimate only covers the initial direct impact in the sectors involved and does not take into account any additional indirect impacts that may arise.“ („Diese breite Schätzung umfasst nur den ersten direkten Impuls in den betroffenen Sektoren und berücksichtigt nicht irgendwelche indirekten Effekte, die auftreten könnten.“, Übers. d. Verf.)

Diesem von der OECD geschätzten Produktionseinbruch pro Zeiteinheit entspricht ungefähr ein Verlust von 14 Prozent pro Zeiteinheit bei der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Zu dieser Relation gelangt man, wenn man die o.g. Zahlen zur angezeigten Kurzarbeit mit den von der OECD unterstellten Produktionsausfällen in den verschiedenen Branchen kombiniert, also z.B. einen von der OECD angenommenen kompletten Shutdown im Bereich Fahrzeugbau in einen 100 prozentigen Arbeitsausfall der hochgerechneten Kurzarbeiterzahl in dieser Branche umrechnet.

Wenn man das Kurzarbeitergeld für den so geschätzten gesamtwirtschaftlichen Lohnausfall ganz pauschal gegenrechnet, dann ergibt sich ein Verlust bei den Masseneinkommen von etwas über 3 Prozent pro Zeiteinheit. Für nur *einen* Monat Shutdown-Maßnahmen beläuft sich das hochgerechnet auf ein Jahr und ohne sonstige negative Spillover-Effekte auf ein Minus bei den Masseneinkommen von knapp 0,3 Prozent. Auch wenn diese Überschlagsrechnung sehr viele Annahmen und Unwägbarkeiten enthält – auf eine *Zunahme* der Masseneinkommen in einer Größenordnung von 2 Prozent, wie sie die Institute erwarten, kommt man bei einer auch nur vorsichtigen Berücksichtigung der Meldungen zur Kurzarbeit nicht.

Deutlich größerer Einbruch zu erwarten

Die Wirtschaftsforschungsinstitute unterstellen – genau wie der Sachverständigenrat – einen V-förmigen Verlauf der Konjunktur: Nach einem Einbruch im zweiten Quartal von 9,8 Prozent soll die Wirtschaftsleistung mit 8,5 Prozent im dritten und 3,1 Prozent im vierten Quartal wieder Fahrt aufnehmen (vgl. Seite 43). Getragen wird der Aufschwung in dieser Prognose vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe, den Unternehmensdienstleistern und den sonstigen Dienstleistern. Das ist erstaunlich, bedenkt man, wie exportlastig die deutsche Industrie ist, von der wiederum die Unternehmensdienstleister wesentlich abhängen.

Für die Außenwirtschaft gehen die Institute zwar von einem kräftigen Rückgang der Exporte aus, jedoch von einem noch größeren prozentualen Einbruch der Importe, so dass der Außenbeitrag mit 5,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weiterhin hoch bleibt. Gegen diese Rechnung sprechen die dramatischen Rückgänge der Wirtschaftsleistung der Handelspartner. In Frankreich, dem Land, mit dem Deutschland knapp ein Fünftel seines Handelsüberschusses erzielt, ist die Wirtschaftsleistung bereits im ersten Quartal [lt. einer vorläufigen Schätzung](#) des Statistischen Amtes um 6 Prozent eingebrochen.

Geht man davon aus, dass sich das Ausland keine hohe zusätzliche Verschuldung leisten kann, steht die Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute auch an dieser Stelle auf tönernen Füßen. Doch selbst wenn Exporte und Importe mehr oder weniger parallel einbrechen, ist der Gesamteffekt auf die Wachstumsrate dramatisch negativ. Insgesamt lassen sich die minus 4,2 Prozent Einbruch beim BIP,

mit denen die Institute für das gesamte Jahr rechnen, nicht begründen. Der Einbruch wird deutlich größer sein.

Wie gesagt sind Prognosen in einer so außergewöhnlichen Situation wie derzeit extrem schwierig. Jeder kann sich irren. Auch wenn sich übertriebener Pessimismus verbietet, weil er womöglich zu noch mehr Verunsicherung beiträgt, verbietet sich mindestens ebenso naiver Optimismus, weil er die politisch Verantwortlichen in Sicherheit zu wiegen droht. Ergreifen sie aus Unkenntnis über die aktuelle Lage zu schwache Gegenmaßnahmen, verspielen sie die Möglichkeiten, die die Wirtschaftspolitik zum rechtzeitigen Abwenden einer Abwärtsspirale hat.

Als im Vorfeld des Sturmtiefs Sabine im Februar Wetterwarnungen an die Bevölkerung herausgegeben wurden und sich daraufhin viele an die empfohlenen Sicherheitsvorkehrungen hielten, waren anschließend „nur“ [zwei Tote in Deutschland](#) zu beklagen und ereigneten sich vergleichsweise geringe Sachschäden. Manche Leute mäkelten anschließend herum, die Warnungen seien völlig übertrieben gewesen, es sei ja nichts passiert. Ob der relativ glimpfliche Ausgang genau den getroffenen Maßnahmen zu danken war, fragten diese Menschen nicht.

Von solchen Erfahrungen sollten sich Politiker nicht beirren lassen, deren Aufgabe es heute ist, den Schaden durch die Corona-Pandemie so gering wie möglich zu halten. Während man Fakten nicht ignorieren sollte, ist das bei Meinungen gelegentlich erforderlich.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 14.04.2020

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2020/04/irren-ist-menschlich-ignorieren-ist-fahrlaessig/>